



Dr. Peter Fischer-Bollin ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Venezuela.

DER „FRIEDENSSTIFTER“ AUS VENEZUELA. INNENPOLITISCHE MOTIVE FÜR AUSSENPOLITISCHE ESKALATION

Peter Fischer-Bollin

Mit der von Venezuelas Präsident Chávez inszenierten Versöhnungsshow beim Río-Gipfel von Santo Domingo, mit der eine Eskalation des nach der Tötung des FARC-Rebellen Reyes auf ekuatorianischem Gebiet entbrannten Konflikts zwischen Bogotá und Quito vermieden werden konnte, wollte der Populist aus Caracas auch innenpolitisch punkten: Angesichts einer erstarkenden Opposition und des schwindenden Rückhalts bei den eigenen Anhängern war ein effektvoller Auftritt als Friedensstifter in einer Region sicher gut, in der letztlich niemand einen Krieg unter Nachbarn wünscht.

Die Krise Venezuelas mit Kolumbien, während der sogar von Krieg die Rede war, zeigt einmal mehr den engen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik auf: Es gibt eine Reihe von innenpolitischen Gründen, warum Präsident Chávez nach einem Grenzproblem zwischen Kolumbien und Ecuador eine solche schwere Krise heraufbeschwor. Nach dem überraschenden Friedensschluss nach einer Krisenwoche, gefüllt mit starkem rhetorischen Gewitter am Rande des Gipfeltreffens der Rio-Gruppe in Santo Domingo am 7. März, lässt sich Chávez in der Heimat, aber zum Teil auch international als „Friedensstifter“ (*pacificador*) feiern.

DER KONFLIKT MIT KOLUMBIEN – CHÁVEZ UND DIE FARC

Schon seit geraumer Zeit steht der venezolanische Präsident Hugo Chávez mit der kolumbianischen Guerilla FARC im Kontakt, die seit über 40 Jahren im bewaffneten Kampf gegen den kolumbianischen Staat steht. Die FARC hat sich nach internationaler Einschätzung von einer ideologisch motivierten Guerilla, wie sie in den sechziger und siebziger Jahren in vielen lateinamerikanischen Ländern entstand, zu einem zentralen Akteur des Drogenhandels und der Gewaltkriminalität entwickelt. Nicht zuletzt durch Attentate und die zahlreichen,

dauerhaften Entführungen kolumbianischer und ausländischer Bürger wurde die FARC als Terrororganisation berüchtigt. 2007 präsentierte sich Chávez als „Vermittler“ zur Befreiung der Geiseln. Nach eigenmächtigem Vorgehen entzog ihm jedoch Kolumbiens Präsident Álvaro Uribe das Mandat. Die weiteren Bemühungen um Geiselfreilassung blieben zunächst absolut erfolglos, doch im Januar 2008 kam es tatsächlich zur Freilassung prominenter Geiseln und deren Übergabe an Chávez. Der Empfang der Freigelassenen durch ihre Familien wurde in Caracas mit großem Aufwand mediengerecht inszeniert.

Als Chávez dann die Anerkennung der FARC als politischer Organisation (und damit die Streichung aus den Listen der terroristischen Gruppen) forderte, ging dies selbst den gerade freigelassenen Geiseln zu weit. Der verbale Konflikt mit Kolumbien verschärfte sich dadurch weiter. Seinen Höhepunkt erreichte er in der ersten Märzwoche, als kolumbianische Regierungstruppen die Nr. 2 der FARC auf dem Territorium Ekuadors mit 23 Guerilleros töteten; dies war ohne vorherige Abstimmung mit der Regierung Ekuadors geschehen. Sah es zunächst so aus, als könnte der Vorfall unter den beiden Nachbarländern geregelt werden, so änderte sich dies mit der Einmischung von Chávez. Er legte eine Schweigeminute für den getöteten Guerillero Raúl Reyes ein und ordnete die Verlegung von 9000 Soldaten an die Grenze zu Kolumbien mit dem Argument an, sich besser gegen potenzielle kolumbianische Angriffe schützen zu müssen. Gleichzeitig setzte er damit seinen ihm ideologisch nahestehenden ekuadorianischen Amtskollegen Rafael Correa unter Druck, der eine nachträgliche Entschuldigung Kolumbiens eigentlich schon annehmen wollte. Seitdem verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Regierungen Ekuadors und Kolumbiens dramatisch und in vielen nationalen und internationalen Medien wurde bereits über Krieg spekuliert.

Ein Motiv für das Engagement Venezuelas war sicher die Befürchtung, Kolumbien könnte ähnliche Aktionen gegen FARC-Gruppen auf venezolanischem Territorium durchführen. Es gibt aber auch Stimmen in Caracas, die eine von Kolumbien beabsichtigte Provokation zur Bloßstellung von Chávez als FARC-Unterstützer vermuten. In jedem Fall scheint Chávez die von der kolumbianischen Armee beschlagnahmten Computer der Guerilla zu fürchten. Sie könnten stichhaltige Beweise für eine handfeste Unterstützung der terroristischen

Organisation FARC durch die Regierung Venezuelas mit allen möglichen Folgen (Verurteilung im UN-Sicherheitsrat) enthalten. Z.B. zu der vermuteten Zahlung von 300 Millionen US-Dollar an die FARC, die im Gegenzug die Geiseln an Venezuela übergab. Chávez erklärte Ende März vor ausländischen Journalisten, er habe den FARC nie etwas gegeben, weder Geld noch Waffen.

VENEZOLANER GEGEN ANTI-KOLUMBIEN-KURS DES PRÄSIDENTEN

In Venezuela gab es allerdings relativ wenig Unterstützung für Chávez' Konfrontationskurs mit Kolumbien. Dies liegt weniger an Sympathie für den kolumbianischen Präsidenten Uribe und dessen Politik. Uribe wird mit den Paramilitärs in Verbindung gebracht und als Speerspitze der US-Außenpolitik der Administration George W. Bush wahrgenommen. Vielmehr sind die menschlichen und wirtschaftlichen Bindungen zum Nachbarland so stark, dass die meisten Venezolaner, selbst in der Armee, keinen solchen Konflikt wollen. Nach aktuellen Schätzungen leben über vier Millionen Kolumbianer bestens integriert in Venezuela. Chávez hatte 2007 zwei Millionen von ihnen den venezolanischen Pass angeboten. Auch ist Kolumbien nach den USA der zweitgrößte Handelspartner

Nach einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage (Varianzas Opinión) lehnen nicht nur 80 Prozent der befragten Venezolaner einen Krieg mit Kolumbien ab, sondern wenden sich auch 76 Prozent gegen die verbale Konfrontation.

Venezuelas, 30 Prozent aller Konsumgüter kommen aus Kolumbien. Nach einer kürzlich veröffentlichten Meinungsumfrage (Varianzas Opinión) lehnen nicht nur 80 Prozent der befragten Venezolaner einen Krieg mit Kolumbien ab, sondern wenden sich auch 76 Prozent gegen die verbale Konfrontation. Selbst in der „wesentlichen“ Frage, ob es die kolumbianische

Oligarchie war, die 1830 den Befreier Simón Bolívar ermordet habe, folgen nur 53 Prozent ihrem Präsidenten.

REFERENDUM UND EINHEITSPARTEI PSUV

Welche Motive treiben Venezuelas Präsidenten an? Ist es nur die Solidarität mit der gleichgesinnten Guerilla oder spiegelt sein Verhalten seine innenpolitischen Probleme seit dem 2. Dezember 2007 wider?

Mit seiner unerwarteten Niederlage beim Verfassungsreferendum am 2. Dezember 2007 hatte sich Chávez' innenpolitische Position schlagartig verändert: Zum ersten Mal seit seinem

Wahlsieg 1998 verlor er ein Votum der Bevölkerung, und damit war sein Projekt der immerwährenden Präsidentschaft verfassungsrechtlich verhindert worden. Auch wenn es bei einer verbleibenden Amtszeit von noch über viereinhalb Jahren übertrieben scheint, wurde Chávez durch diese Gewissheit zu einer *lame duck*. Seine Gegner wie seine Unterstützer beginnen an die Zeit nach Chávez zu denken, die immer näher rückt. Aus diesem Grund werden fast täglich neue Vorschläge unterbreitet, wie die Wiederwahl des Präsidenten gesichert werden könnte (z.B. neues Referendum, Verfassungsgebende Versammlung). Teil des Verfassungsreformpaketes war auch die Außenpolitik. Chávez hatte vorgeschlagen, den Auswärtigen Dienst Venezuelas in den Dienst seiner Mission zur Bekämpfung der „unipolaren Hegemonialmacht“ zu stellen – wie stets, ohne die USA namentlich zu erwähnen.¹ Auch die angestrebte Politisierung der Streitkräfte ist in diesem Zusammenhang zu sehen und war gleichzeitig einer der Gründe für den Widerstand aus den Reihen des Militärs gegen die Reform.²

Die am 23. November 2008 in ganz Venezuela anstehenden Wahlen der Gouverneure und Bürgermeister können Chávez' politischen Nimbus des Unbesiegbaren weiter beschädigen, denn seine Bewegung hatte bei den letzten Wahlen 2004 in 21 der 23 Bundesstaaten gewonnen. Eine Steigerung ist also nur schwer möglich, ein Verlust könnte leicht eintreten. Gleichzeitig ist das Projekt der „Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas“ (PSUV), deren Vorsitzender Chávez selbst ist, bisher nicht richtig vorangekommen. Vielmehr lehnten bisherige Unterstützer von Chávez diese Einheitspartei ab und warben mit der traditionellen Opposition beim Referendum für das „Nein“, das neben den verfassungsrechtlichen Fragen auch dem Projekt eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ galt. Die parteiinternen Urwahlen für einen Übergangsvorstand bis 2009 sollten am 9. März die Wende bringen. Der vermeintlich urdemokratische Akt der angeblich fünf Millionen PSUV-Mitglieder geriet jedoch zur Farce: Nach Medienberichten (*El País*) nahmen nur 87 000 Mitglieder teil. Diese mussten erleben, dass zwar ein Vorstand von der Parteifüh-

1 | Im Verfassungsvorschlag lautet es in Art. 152, dass der Auswärtige Dienst eine „strategische Aufgabe des Staates“ sei und die Außenpolitik des Staates hin zu einer „multipolaren und von der Hegemonie eines Zentrum imperialistischer, kolonialer und neokolonialer Macht befreiten Welt“ auszurichten sei.

2 | Vgl. Gratius / Tedesco, S. 2–4.

rung bekannt gegeben wurde, alle Fakten zu den Wahlergebnissen aber zunächst unbekannt blieben. Die Reaktion war harsche Kritik aus dem Innersten der bolivarianischen Revolution an Korruption und Klientelismus, die in einem Brief von angeblich 500 Parteidelegierten an Chávez gipfelte, in dem die fehlende Transparenz und „perverse Manipulationen“ des Prozesses beklagt werden. Vor diesem Hintergrund verblasste die durchaus gerechtfertigte Kritik des Chávez-Lagers an den ausbleibenden Vorstandswahlen in den meisten Oppositionsparteien.

Für die mittelfristige Entwicklung Venezuelas darf das Projekt der Einheitspartei aber auch nicht überschätzt werden: Die Parteien sind insgesamt sehr schwach und deshalb wird das politische Überleben des Hugo Chávez wohl nicht ausschließlich von der PSUV abhängen.

Eine für Chávez gefährlichere Tendenz könnte die zunehmende Kritik aus den eigenen Reihen sein. Richtete sich diese zunächst vor allem gegen sein Umfeld und nahm ihn persönlich aus, so hat es gerade in den letzten Monaten einige Kritik an Personenkult, Machtkonzentration, Selbstherrlichkeit des Präsidenten bis hin zu angeblicher Bereicherung seiner Familie (behauptet von einem chavistischen Parlamentsabgeordneten) gegeben.

VERSORGUNGSKRISE UND SOZIALE LAGE

Die Bevölkerung zeigt sich zunehmend unzufrieden mit den Ergebnissen von über neun Jahren Präsidentschaft Hugo Chávez: Gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen leiden unter der schlechten Versorgungslage.

Die Bevölkerung zeigt sich zunehmend unzufrieden mit den Ergebnissen von über neun Jahren Präsidentschaft Hugo Chávez: Gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen leiden unter der schlechten Versorgungslage, die Grundnahrungsmittel zu begehrten Schwarzmarktgütern werden lässt,³ unter der weiter gestiegenen Gewaltkriminalität und den unsäglichen Zuständen in den venezolanischen Gefängnissen, in denen 2007 mehr als 400 Menschen eines gewaltsamen Todes starben. Die Gefängnisinsassen kommen nicht aus der von Chávez beschimpften „Oligarchie“,

3 | Im März 2008 waren nach Angaben des Analyse- und Dokumentationszentrums der Lehrgewerkschaft (Centro de Documentación y Análisis de la Federación Venezolana de Maestros, die seit Jahren monatliche Erhebungen durchführt) folgende Produkte nicht erhältlich: Milchpulver, Sardinen in Dosen, Zucker, Speiseöl, Hafer, Erbsen, Linsen, Reis und Weizenmehl.

die sich durch private Sicherheitsvorkehrungen gegen die Gewalt insbesondere auf den Straßen von Caracas schützen kann, sondern sind eigentlich diejenigen, für die er mit seiner Politik eintreten wollte. Hinzu kommen ein Rückgang der Wirtschaftsentwicklung und damit eine sinkende Zahl von Arbeitsplätzen. Die Inflation lag 2007 nach offiziellen Angaben bei 22,5 Prozent, wird jedoch von unabhängigen Beobachtern auf deutlich über 30 Prozent angesetzt. Jedenfalls trifft auch diese, indem sie die Kaufkraft verringert, vor allem die ärmeren Schichten. Selbst die von den venezolanischen Behörden veröffentlichten Daten lassen teilweise den Schluss zu, dass sich an der kritischen sozialen Lage in Venezuela wenig geändert hat:⁴ Trotz der erheblichen Ausweitung der Staatquote (Anstieg des Anteils der Staatsausgaben am BSP), die durch die in den letzten Jahren rasant gestiegenen Ölpreise finanziert wurde, sind die Ergebnisse der Regierungspolitik des Präsidenten Chávez seit 1999 mager. Der für die Messung der sozialen Ungleichheit weltweit verwendete Gini-Koeffizient hat sich zwischen 2000 und 2005 sogar noch verschlechtert.⁵ Sozialdaten wie die Zahl untergewichtiger Kleinkinder (von 8,4 auf 9,1 Prozent), die Zahl der Haushalte ohne fließendes Wasser (von 7,2 auf 9,4 Prozent) oder der Familien, die in Unterküften ohne festen Boden leben (von 2,5 auf 6,8 Prozent) haben sich von 1999 bis 2006 nach Angaben des Finanzexperten Rodríguez verschlechtert.⁶ Das kann auch nicht durch eine leichte Verbesserung beim Human Development Index der Vereinten Nationen von 0,770 auf 0,792 ausgeglichen werden, da durch Sozialprogramme und den Einsatz kubanischer Ärzte zwar momentane und punktuelle Verbesserungen erzielt werden konnten, aber keine Weichen für eine strukturelle Qualitätssteigerung gestellt wurden.⁷

Dies alles ist nach neun Jahren auch nicht mehr auf die Vorgängerregierungen zu schieben, weshalb die Unterstützung für Chávez in der breiten Bevölkerung gefährdet ist. Er reagierte mit Drohungen an seine Gefolgschaft, die kritischen

4 | Vgl. mit Details Rodríguez in *Foreign Affairs*.

5 | Laut Rodríguez von 0,44 auf 0,48, wobei 0 den Idealzustand und 1 den Zustand der größten Ungleichheit markiert. Die zugänglichen Daten der UN-Organisationen CEPAL und UNDP zeigen eine Entwicklung von 0,498 (1999) über 0,420 (2000), 0,490 (2004) bis hin zu 0,441 (2006), also leichte Schwankungen, aber sicher keinen deutlichen Abbau der sozialen Ungleichheit.

6 | Rodríguez in *Foreign Affairs*.

7 | Vgl. auch Sangmeister, S. 5–7.

Fragen zu lösen und die Einheitspartei PSUV zu stabilisieren, um keine weitere Wahlschlappe zu erleiden, welche den Chavismus zum Einsturz bringen könnte.

POLARISIERUNG ALS HANDLUNGSMUSTER FÜR INNEN- UND AUSSENPOLITIK

Wie so oft, sind die wahren Absichten und Strategien von Chávez nur schwer einzuschätzen, da sich Rhetorik und Aktion nicht immer in Übereinstimmung bringen lassen. So sind auch Vorfälle nur schwer zu bewerten, die sich Anfang März in Caracas abspielten: Eine Menge von Chávez-Anhängern unter Führung der bekannten Aktivistin Lina Ron stürmte das erzbischöfliche Amt und besetzte es. Ron erklärte gemeinsam mit drei Parlamentsabgeordneten nach Medienberichten, dass man nun die katholische Kirche, die Unternehmerschaft und den kritischen TV-Sender Globovisión attackieren werde, um die bolivariische Revolution zu verteidigen. Chávez tadelte seine Gefolgsleute und vermutete eine Unterwanderung der Revolution durch die CIA, die die Aufmerksamkeit von dem Fehlverhalten Kolumbiens ablenken wolle.

Dies zeigt einmal mehr die Beweglichkeit von Chávez, die die Analyse seines Verhaltens erschwert. Erst wird polarisiert und die Stimmung aufgeheizt, und so wird die Gelegenheit geschaffen, selbst als der Besänftiger auftreten zu können, der die Schuldigen zu benennen weiß. Dieses Muster (auch in der Außenpolitik angewandt) ermöglicht es bei der gegebenen medialen Unterstützung und dem Kommunikationstalent des Präsidenten, die eigene Gefolgschaft zu konsolidieren und sie nach außen als Druckmittel in Konflikt- bzw. Verhandlungssituationen einzusetzen.

VERSÖHNUNG IN SANTO DOMINGO

Vor diesem Hintergrund kommt die vorläufige Versöhnung der Präsidenten beim Treffen der Rio-Gruppe in der Dominikanischen Republik nicht völlig überraschend. Chávez versucht weiter, mit dem Thema Kolumbien und spektakulären Geiselnbefreiungen international zu punkten und durch den nationalistischen Diskurs seine Gefolgschaft im Heimatland zu konsolidieren. Er scheint aber aus der Niederlage beim Verfassungsreferendum am 2. Dezember 2007 die Lektion mitgenommen zu haben, dass sich diese Aktionen, die immer auch eine gewisse Verbrüderung mit den Drogenterroristen

der FARC beinhalten, bei der eigenen Bevölkerung nur begrenzt auszahlen. In Santo Domingo war Chávez mit einer versöhnlichen Rhetorik zu vernehmen und ließ sich eine brüderliche Umarmung des „Schoßhundes des US-Imperialismus“, wie er den kolumbianischen Präsidenten sonst gerne nennt, nicht nehmen. Die an die Grenze zu Kolumbien verlegten Truppen wurden zurück beordert.

Dieser Auftritt als „Friedensstifter“ beim Rio-Gipfel in Santo Domingo hat jedenfalls in der venezolanischen Öffentlichkeit Eindruck gemacht. Es gelang Chávez gut, dieses Bild über die Kommunikationsmaschinerie zu transportieren. Diesen Gestus hat er auch in den folgenden Wochen beibehalten und präsentiert sich derzeit nach innen und außen als derjenige, der nur den Frieden will und dafür sogar zur Zusammenarbeit mit dem Erzfeind bereit ist.

Dieser Auftritt als „Friedensstifter“ beim Rio-Gipfel in Santo Domingo hat in der venezolanischen Öffentlichkeit Eindruck gemacht.

DIE POLITISCHE OPPOSITION

Die politische Opposition hat sich inzwischen breiter aufgestellt und scheint aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Man konzentriert sich nicht mehr ausschließlich auf einen Anti-Chávez-Diskurs, sondern versucht stattdessen, mit breiten Bündnissen einen Wahlerfolg zu erzielen. Am 23. Januar unterzeichneten acht Parteien eine Übereinkunft, dass man mit gemeinsamen Kandidaten gegen die Regierungspartei bei den Wahlen antreten werde. In diesem Bündnis, dessen Bestand sich bei den bis Juni anstehenden Kandidatenaufstellungen zeigen muss, sind neben den traditionellen Parteien COPEI und AD neuere Oppositionsgruppen wie Primero Justicia, Proyecto Venezuela und Un Nuevo Tiempo vertreten. Eine neue Qualität bekommt das Unterfangen durch die Beteiligung ehemaliger Chávez-Unterstützer wie Movimiento al Socialismo (MAS). Zwei Defizite sind allerdings im Augenblick prägend – der Mangel an Führungsfiguren, die auch nur annähernd so charismatisch wären wie Hugo Chávez, und die fehlende programmatische Alternative. Man ist sich einig in der Ablehnung von Chávez, aber es ist auch klar, dass man nach neun Jahren nicht einfach die Uhren zurückdrehen kann; zumal die Politik der achtziger und neunziger Jahre erst zum Wahlerfolg von Chávez geführt hat. Auf die drängenden Fragen Venezuelas nach einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie unter Nutzung der Ölmilliarden, der Bekämpfung der Gewaltkriminalität sowie der Verringerung der

Armut und der sozialen Ungleichheit sind die Antworten noch nicht richtig erkennbar.

PERSPEKTIVEN

Es ist klar, dass die Regierung Venezuelas die Aktivitäten der kolumbianischen Guerilla FARC mindestens mit einer gewissen Sympathie verfolgt: Enge Beziehungen bei der Geiselfreiung, unbehelligte Operationen der FARC im venezolanischen Grenzgebiet, gegenseitige finanzielle Unterstützung (die FARC hatten 1992 Chávez nach dessen Haft mit Geld unterstützt) und die Interessensübereinstimmung in der Ablehnung der Regierung Uribe in Kolumbien sprechen dafür. Die

Aspekte haben sich durch die „Versöhnung“

Die schwierige innenpolitische Lage spricht dafür, dass Chávez weiterhin Motive haben wird, außenpolitisch zu polarisieren, um die eigenen Reihen gegen eine aussichtsreiche Opposition zu schließen und innerem Zerfall vorzubeugen sowie in begrenztem Umfang die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten von der eigenen Misere abzulenken.

in Santo Domingo nicht aufgelöst. Ebenso spricht die schwierige innenpolitische Lage dafür, dass Chávez weiterhin Motive haben wird, außenpolitisch zu polarisieren, um die eigenen Reihen gegen eine aussichtsreiche Opposition zu schließen und innerem Zerfall vorzubeugen sowie in begrenztem Umfang die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten von der eigenen Misere abzulenken. Nicht zuletzt deshalb

werden Versorgungsmängel auch dem illegalen Export von Nahrungsmitteln nach Kolumbien angelastet. Die enge wirtschaftliche und soziale Verflechtung mit dem Nachbarland sorgt allerdings – eine halbwegs rationale Handlungslogik vorausgesetzt – für eine Beschränkung der Konfliktbereitschaft.

Nun muss sich vor allem in der Innenpolitik zeigen, ob die Regierung einige der Probleme besser in den Griff bekommt. Und ob es der Opposition gelingt, bei den Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen im November geeint anzutreten. Dies wäre Voraussetzung für einen Machtausgleich im Inneren und die Perspektive für einen demokratischen Wandel in Venezuela. Ob die Polarisierung so etwas zulässt, ist unsicher. Ebenso wie der Gehalt von Chávez' Ankündigung, bei einer Niederlage der Revolution bei den Wahlen werde es Krieg geben.

Es gibt derzeit innenpolitisch keine Aussicht auf einen kurzfristigen friedlichen Machtwechsel in Venezuela. Dies bedeutet, dass aus Caracas auch zukünftig außenpolitische Impulse kommen werden, die eher eine Destabilisierung der Regi-

on befürchten lassen. Damit müssen insbesondere Kolumbien und die USA sensibel umgehen, um Gewalt und Chaos zu vermeiden.

LITERATUR

Susanne Gratius / Laura Tedesco, „La derrota de Chávez abre un nuevo horizonte político en Venezuela“, in: *Comentario*, FRIDE Madrid, Dezember 2007

Francisco Rodríguez, „An empty Revolution. The unfulfilled Promises of Hugo Chávez“, in: *Foreign Affairs*, März/April 2008

Hartmut Sangmeister, „Die ‚Bolivarische Revolution‘ – Hoffnung für die Armen Lateinamerikas?“, in: *GIGA-Focus*, Nr. 3/2008

Varianzas Opinión: www.globovision.com/news.php?nid=80900 (31.03.2008)

Nikolaus Werz, „Hugo Chávez und der ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ – Ein Zwischenbericht“, *Ibero-Analysen des Iberoamerikanischen Instituts Berlin*, Dezember 2007. www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen_Heft_21.pdf

Das Manuskript wurde am 1. April 2008 abgeschlossen.